

**Bezirkswahlprogramm der
Alternative für Deutschland
Lichtenberg von Berlin**

Inhaltsverzeichnis

Präambel

1. Stadtentwicklung und Wohnen

- *Baupolitik für die Bürger Lichtenbergs*
- *Neuvergabe von Wohnungen*
- *Vorkaufsrecht und Mietendeckel*
- *Bebauungspläne*
- *Grüne Innenhöfe und Grünflächen*
- *Kleingärten und Kleingartenanlagen*
- *Masterplan für ein neues Stadtteilzentrum am S-Bahnhof Hohenschönhausen*
- *Keine Verdichtung an der Wollenberger Straße*
- *Entwicklung eines Rahmenplans für Alt-Hohenschönhausen*
- *Neues Stadtquartier zwischen Gärtner- und Ferdinand-Schulze-Straße*
- *Umgebung der Gedenkstätte Normannenstraße für Schulplätze und Wohnungsbau*

2. Infrastruktur und Verkehr

- *Verkehrspolitik für die Bürger Lichtenbergs*
- *Die jetzige Situation*
- *Unsere Vorschläge*
- *Die Bundesautobahn (BAB) 100 bis zur Frankfurter Allee verlängern*
- *Bau der Tangentialen Verbindung Ost (TVO)*
- *Ortsumfahrung Ahrensfelde*
- *Keine Kiezblocks in Lichtenberg*

3. Wirtschaft, Arbeit und Soziales

- *Soziale Marktwirtschaft - Wirtschaftspolitik für die Bürger Lichtenbergs*
- *Der Wirtschaftsstandort Lichtenberg*
- *Gewerbeflächen im Bezirk*
- *Berufsausbildung*
- *Arbeits- und Sozialpolitik für die Bürger Lichtenbergs*

4. Haushalt und Finanzen

- *Ein ausgeglichener Haushalt für die Bürger Lichtenbergs*
- *Mehr Eigenverantwortlichkeit und Transparenz im Bezirkshaushalt*

5. Familie, Kinder, Jugend und Senioren

- *Die Familienpolitik im Mittelpunkt - Für die Bürger Lichtenbergs*
- *Eine familienfreundliche Verwaltung - Elterngeld und Termine beim Standesamt*
- *Integrierte Kinder- und Jugendarbeit*
- *Kindeswohlgefährdungen*
- *Die Spielplätze im Bezirk*
- *Ein Senioren-Entwicklungsplan für Lichtenberg*
- *Gesundheit, Bewegung und Prävention im öffentlichen Raum*
- *Begegnung, Gemeinschaft und Generationendialog*
- *Pflege, Versorgung und Fachkräfte*
- *Digitale und analoge Teilhabe*

6. Bildung

- *Gute Bildung für die Bürger Lichtenbergs*
- *Schulinfrastruktur und Schulplatzmangel*
- *Qualität der Schulbauten und Ausstattung*
- *Lehrkräftemangel und Attraktivität des Bezirks*
- *Schulklima, Disziplin und Gewaltprävention*
- *Digitalisierung der Schulen*
- *Förderung durch Differenzierung*
- *Sauberkeit und Hygiene an den Schulen Lichtenbergs*

7. Gesundheit und Sport

- *Unser Anliegen – Gesunde Bürger Lichtenbergs*
- *Sport für alle Bürger Lichtenbergs*
- *Schwimmbäder an der Landsberger Allee*
- *Sportplätze in Karlshorst*
- *Sportanlagen im Freien*
- *Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen*

8. Umwelt und Naturschutz

- *Erhalt und Stärkung der bestehenden Natur- und Landschaftsschutzgebiete - Naherholung für die Bürger Lichtenbergs*
- *Wind-Industrieanlagen*
- *Versiegelung*
- *Personelle und finanzielle Ausstattung der Fachämter*
- *Aktive Weiterentwicklung der Schutzgebiete für Natur und Mensch*

9. Öffentliche Ordnung und Verwaltung

- *Sicherheit für die Bürger Lichtenbergs*
- *Katastrophenschutz*
- *Öffentliche Verwahrlosung beenden*
- *Recht und Gesetz im Dong-Xuan-Center*
- *Illegales Sprayen*
- *Keine weiteren Flüchtlingsunterkünfte*
- *Die Verwaltung als Dienstleister der Bürger Lichtenbergs*
- *Abbau von Bürokratie*
- *Personalentwicklung*

10. Kultur

- *Kultur für die Bürger Lichtenbergs*
- *Historische Sehenswürdigkeiten in Lichtenberg für den Tourismus erschließen*
- *Ort der Mahnung vor Roter Diktatur - Gedenkstätte Normannenstraße*
- *Trabrennbahn Karlshorst*

11. Gleichstellung, Inklusion, Integration, „Gender-Mainstreaming“

- *Gleichberechtigung*
- *Inklusion*
- *Integration*
- *Kein „Gender-Mainstreaming“ in der Lichtenberger Verwaltung*

Ein Programm für Lichtenberg

Das Bezirkswahlprogramm der Alternative für Deutschland, Bezirk Lichtenberg von Berlin

Präambel

Sehr geehrte Bürger Lichtenbergs,

die Alternative für Deutschland tritt zum dritten Mal im Bezirk Lichtenberg zur Wahl an, um die Politik in unserem Bezirk aktiv mitzugestalten. Wir sind bereit, auf allen Ebenen politische Verantwortung zu übernehmen.

Wir – das sind normale Bürger: Studenten, Rentner, Unternehmer, Alt und Jung, Familienväter und Mütter, Juristen, Soldaten, Ingenieure und Meister, Angestellte und Arbeiter – haben eines gemeinsam: Unser Heimatbezirk liegt uns am Herzen.

Gemeinsam haben wir dieses Programm für unser Lichtenberg erarbeitet. Ein Programm, das große Ziele im Kleinen umsetzen will. Dazu gehören: Mehr Sicherheit für die Bürger, endlich Schulen, die wirkliche Bildung versprechen, Wohnungen, die bezahlbare Wohnlichkeit bieten, vertraute Kultur, die unsere Traditionen bewahrt, eine Verkehrspolitik, die den Bürgern den Vortritt lässt, statt sie zu gängeln. Eine stabile Wirtschaft zum Nutzen aller ist die Voraussetzung dafür.

Als einzige Partei stellen wir uns der Einheitsmeinung der Altparteien entgegen und zeigen immer wieder Missstände auf. Wir sind Ihre kritische Stimme der Vernunft, wir sind Ihre Stimme gegen den aggressiven linksgrünen Transformationsprozess, der uns Bürgern aufgezwungen wird.

Unser Bezirk ist einer der am stärksten wachsenden und sich verändernden Bezirke Berlins. In den nächsten Jahren werden weitreichende Entscheidungen getroffen und umgesetzt. Entscheidungen, die die Entwicklung Lichtenbergs auf Jahrzehnte hinaus prägen. Die AfD Lichtenberg will und wird zum Wohle unseres Bezirks beitragen.

In diesem Sinne geben wir uns das nachfolgende Bezirkswahlprogramm mit den Leitlinien unseres politischen Handelns für die nächsten fünf Jahre. Für unseren Bezirk. Für Lichtenberg.

1. Stadtentwicklung und Wohnen

Baupolitik für die Bürger Lichtenbergs

Hauptsächlich für die desaströse Wohnraumsituation in Berlin ist neben der aktuellen Einwanderungspolitik die katastrophale Wohnungsbaupolitik der Vergangenheit, welche ihren Tiefpunkt im Verkauf von 10.000 landeseigenen Wohnungen an Privatinvestoren hatte.

Beim Verdichten und Modernisieren von Stadtbezirken sollen die sozialen, kulturellen, gewerblichen, verkehrstechnischen und ökologischen Belange miteinander verbunden und von Anfang an umfassend geplant werden.

Die AfD Lichtenberg fordert einen sensiblen Umgang mit den vorhandenen Bauflächen. Das heißt, dass neue Bauvorhaben nicht in die Breite, sondern in die Höhe geplant werden. Dabei sind die Fassaden- und Dachbegrünung standardmäßig zu berücksichtigen.

Neuvergabe von Wohnungen an Einheimische

In Berlin wächst die Kluft zwischen dem, was Berliner mit langjährigem Lebens- und Arbeitsmittelpunkt zu unserer Stadt beitragen und ihren Chancen in zumutbarer Zeit bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir fordern deshalb, dass die Bürger, die hier geboren, aufgewachsen oder seit vielen Jahren in unserer Stadt leben, bei der Vergabe von gefördertem Wohnraum vorrangig berücksichtigt werden. Das betrifft Mietwohnungen ebenso wie Bestände der landeseigenen Wohnungsunternehmen, die veräußert werden sollen.

Menschen in systemrelevanten Berufen (z. B. Feuerwehr, Polizei, Lehrkräfte, medizinisches Personal) sind besonders zu bevorzugen.

Vorkaufsrecht und Mietendeckel

Die AfD Lichtenberg lehnt die Ausweitung sogenannter Milieuschutzgebiete ab. Dabei handelt es sich um bestimmte Quartiere, in denen die Stadt oder der Bezirk Maßnahmen ergreifen kann, um Einfluss auf die soziale Bevölkerungsstruktur zu nehmen. Solange Milieuschutzgebiete ausgewiesen werden, sollte die Ausübung des bezirklichen Vorkaufsrechts so sparsam wie möglich eingesetzt werden. Es darf nicht dazu missbraucht werden, um zu überhöhten Preisen Wohnhäuser zugunsten kommunaler Gesellschaften oder privater Genossenschaften anzukaufen.

Grundsätzlich muss gelten: Die Ausübung des Vorkaufsrechts in solchen Fällen muss die absolute Ausnahme sein. Das Geld, das für die Ausübung der Vorkaufsrechte aufgewendet wird, wäre im Wohnungsneubau besser angelegt. Denn der Erwerb bereits bestehenden Wohnraums schafft keinen einzigen Quadratmeter neuen Wohnraum.

Den Mietendeckel betrachtet die AfD Lichtenberg als einen verfassungswidrigen Eingriff in das Eigentum. Er wird zudem eine nachteilige Auswirkung auf den Bau neuer Wohnungen entfalten. Das beweisen alle bisherigen Modelle von Mietendeckeln historisch sowie aktuell. Der Bestand verfällt, das Angebot an Mietwohnraum sinkt, es entstehen Schwarzmärkte und Wartezeiten bis hin zu Jahrzehnten.

Die AfD Lichtenberg lehnt einen Mietendeckel daher grundsätzlich ab und setzt sich für eine stärkere Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus durch eine verbesserte Eigentumsbildung für Bürger durch öffentliche Bürgschaften und ein Sonderbaurecht für Berliner Bürger ein.

Bebauungspläne

Bei allen in Arbeit befindlichen und zukünftigen großflächigen Bebauungsplänen (B-Plänen) ist der Grundsatz der planerischen Betrachtung zuerst auf die Planung und Schaffung der Infrastruktur zu legen. Das gilt insbesondere für die Bauvorhaben entlang der Waldowallee und der Köpenicker Allee in Karlshorst. Die Entsiegelung und Sicherung von Grünflächen stehen dabei im Mittelpunkt.

Grüne Innenhöfe und Grünflächen

Die AfD Lichtenberg kämpft für den Erhalt der grünen Innenhöfe. Das Gesicht unseres Bezirks ist geprägt von Vierteln des seriellen Wohnungsbaus mit ihren Licht- und Schattenseiten. Ein Lichtblick sind die weitläufigen Grünanlagen, sie bieten frische Luft, Nachtruhe, Spielplätze, Vogelgezwitscher und Hundenauslaufmöglichkeiten. Im stressigen und anstrengenden Leben der Lichtenberger sind sie ein Ort der Heimkehr und des Wohlbefindens.

In den vergangenen Jahren zerstörte die senatseigene Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE bereits zahlreiche grüne Innenhöfe; weitere Zerstörungen sind geplant. Senat und Bezirksamt spielen ein Doppelspiel: Der Senat will Grünanlagen bebauen, um Platz für Migranten zu schaffen, das Bezirksamt will das offiziell nicht. Auf der Strecke bleiben Grünanlagen und schließlich der Bürger. Die AfD Lichtenberg unterstützt

zahlreiche Bürgerbewegungen im Kampf um den Erhalt ihrer grünen Innenhöfe. Damit ist die AfD die einzige Partei, die konsequent den Plänen des Senates entgegentritt.

Kleingärten und Kleingartenanlagen

Das noch zu verabschiedende Kleingartenflächensicherungsgesetz (KgFSG) hat die Kleingärten und Kleingartenanlagen auf landeseigenen Flächen zu sichern. Die AfD Lichtenberg setzt sich dafür ein, dass der Senat nicht auf die Idee kommt, diese Flächen durch die Hintertür für andere Nutzungen (Wohnungsbau) zu beplanen, denn die Lichtenberger Kleingärten leisten einen erheblichen Beitrag zur grünen Infrastruktur unseres Stadtbezirks.

Durch die Errichtung eines Parks in den Kleingärten werden diese für alle geöffnet und das Umweltbewusstsein der Menschen gestärkt.

Masterplan für ein neues Stadtteilzentrum am S-Bahnhof Hohenschönhausen

Die AfD Lichtenberg steht der geplanten Errichtung von Mega-Blocks am S-Bahnhof Hohenschönhausen kritisch gegenüber. Für zukünftige Baumaßnahmen ist zunächst die Infrastruktur zu schaffen. Für die Bewohner Hohenschönhausens bedeutet das: keine überfüllten Schulen, keine vollen S-Bahnen und Straßenbahnen, genügend Parkplätze, kein Lärm und Stress.

Keine Verdichtung an der Wollenberger Straße

Die AfD Lichtenberg lehnt die Errichtung eines stark verdichteten Wohnquartiers an der Wollenberger Straße ab. Das Grundstück Rhinstraße/Gehrenseestraße und Wollenberger Straße, welches mit den neun Ruinen von Wohnblocks unübersehbar seit Jahren den historischen Dorfkern von Alt-Hohenschönhausen verunstaltet, soll neu bebaut werden.

Die AfD Lichtenberg fordert für die Neuentwicklung dieses Wohngebietes gesunde Arbeits- und Wohnverhältnisse. Das heißt, dass die neu zu schaffende Infrastruktur den Bedürfnissen der Bewohner entspricht. Insbesondere Grünanlagen und Parkplätze müssen hierbei berücksichtigt werden.

Die AfD Lichtenberg ist die einzige Partei, die konsequent den Plänen des Senates zur Bildung neuer sozialer Brennpunkte in Alt-Hohenschönhausen entgegentritt.

Entwicklung eines Rahmenplans für Alt-Hohenschönhausen

Die AfD Lichtenberg fordert, für Alt-Hohenschönhausen einen Rahmenplan zu erstellen, um ein Leitbild für die Zukunft des Ortsteils zu schaffen und Leitlinien zu erarbeiten, welche den Ortskern weiterentwickeln und die vorhandenen Elemente zu einem urbanen Zentrum verbinden.

Die AfD Lichtenberg will historische Gebäude, wie das Schloss, die Taborkirche, die Schule und die verbliebenen Gehöfte im alten Ortskern besonders hervorheben und die ästhetischen sowie lebenswerten Charakterzüge dieses Kiezes fördern. Der Rahmenplan soll die Stadtentwicklung von Alt-Hohenschönhausen zu einem stimmigen und harmonischen Ensemble voranbringen. Dabei sind der Storchhof und der Erhalt sowie die Schaffung von wohnungsnahem Grün zu sichern.

Neues Stadtquartier zwischen Gärtner- und Ferdinand-Schulze-Straße

Dieses Quartier wurde von einem 100-prozentigen EpB-Gebiet (Entwicklungskonzept für den produktionsgeprägten Bereich) auf ein Areal mit 33 Prozent EpB-Gebiet reduziert. Die AfD Lichtenberg setzt sich dafür ein, dass der produktionsgeprägte Bereich mit der notwendigen Infrastruktur vorrangig entwickelt wird und nachfolgend der Wohnungsbau und nicht umgekehrt. Besonderes Augenmerk ist auf den Emissionsschutz zu legen.

Umgebung der Gedenkstätte Normannenstraße für Schulplätze und Wohnungsbau

Als Mahnung an linke Diktaturen ist die Gedenkstätte Normannenstraße ein wichtiger Ort. Daher will die AfD Lichtenberg einige Gebäude im Umfeld der Gedenkstätte („Campus für Demokratie“) in den Alltag der Bürger integrieren. Denn der Bedarf an Schulplätzen und Räumen für betreutes Wohnen ist groß. Ziel ist, dass das große Gelände mit seinen ursprünglich 29 Häusern und 11 Höfen endlich wieder in Gänze genutzt werden kann. Die Bürger erhalten, was ihnen die SED-Diktatur genommen hat, wieder zurück. Die Erinnerung an das DDR-Unrecht bleibt dabei gewahrt.

2. Infrastruktur und Verkehr

Verkehrspolitik für die Bürger Lichtenbergs

Die AfD Lichtenberg stellt sich entschieden gegen Umerziehungsmaßnahmen von Verkehrsteilnehmern, wie sie vom jetzigen Senat angestrebt werden. Die Modernisierung und der zielgenaue Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für ein gleichberechtigtes

Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer bedeutet, Lichtenbergs Straßen zukunftsfähig zu machen.

Klientelpolitik, der Rückbau von Hauptverkehrsstraßen zugunsten von Radwegen, das gezielte Ausbremsen und die Stauung des Autoverkehrs müssen beendet werden. Tendenzen zu einer immer weiteren Verlangsamung des Straßenverkehrs in unserem Bezirk und der Stadt lehnen wir strikt ab. Wir wünschen uns die Schaffung eines funktionierenden, zuverlässigen, schnellen und fortschrittlichen Verkehrssystems, das die Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer gewährleistet.

Vor dem Hintergrund des weiteren Ansteigens der Anzahl der Verkehrsteilnehmer in Lichtenberg muss der hinderungsarme, gut gesteuerte Verkehrsfluss die oberste Priorität der Berliner Verkehrspolitik sein.

Die jetzige Situation

Die Lichtenberger Verkehrsinfrastruktur, ob sie in der Verantwortung der Straßenbaulast des Bezirks, des Landes oder des Bundes liegt, ist seit Jahren alles andere als modern und leistungsfähig.

Die Mehrzahl der Straßenbrücken befindet sich in einem desolaten Zustand. Sie dürfen zum Teil nur noch eingeschränkt von LKW befahren werden oder unterliegen strikten Tempobeschränkungen. Einige Brückenbauwerke sind schon seit Jahrzehnten in diesem Zustand.

Ähnlich verhält es sich auch mit dem Straßen- und Radwegenetz. Berlin, und damit unmittelbar auch Lichtenberg, hat sich seit Jahren kaputtgespart. Niemand hat einen wirklichen Überblick über die Gesamtsituation. Nach einer Schätzung der Senatsverwaltung würde allein die Straßensanierung Berlins rund 1,3 Milliarden Euro kosten!

Die Schwachstellen auf diesem Gebiet wirken sich insbesondere in unserem Bezirk aus: Die Lichtenberger leiden unter chronischen Staus auf den Hauptstraßen sowie den Ein- und Ausfallstraßen in die Innenstadt. In den Hauptverkehrszeiten kommt der Verkehr regelmäßig zum Erliegen. Ein stetiger Verkehrsfluss existiert in der Regel nicht, die gesamte Verkehrsleittechnik erscheint auch beabsichtigt unkoordiniert.

Durch den zunehmenden Missbrauch von Gehwegen als zusätzliche Verkaufs- oder Lagerflächen von Imbissbetreibern und Händlern jeglicher Art sowie als Ersatz-Fahrradwege werden Fußgänger fortlaufend bedrängt und behindert. Dies stellt

insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen und für Kinder große Probleme und Sicherheitsrisiken dar.

Unsere Vorschläge

Zur Bewältigung der dringendsten Verkehrsprobleme fordert die AfD Lichtenberg kurzfristig die Umsetzung der folgenden Maßnahmen:

1. Eine tageszeitaktuelle, flexible Anpassung der Verkehrssteuerung an das Verkehrsaufkommen durch den Einsatz intelligenter Verkehrsleittechnik.
2. Hauptverkehrsstraßen bleiben Hauptstraßen mit Tempo 50 ohne bewusst herbeigeführte Einschränkungen, etwa durch Parklets oder Einspurigkeit.
3. Die Einrichtung eines Straßenzustandskatasters nach Hamburger Vorbild, analog dazu die Einrichtung eines Radwege- und Gehwegzustandskatasters nach demselben Modell. Das führt zu einer Beschleunigung der Ausbesserungsarbeiten.
4. Eine Vereinfachung der Planungsabläufe und die Einführung einer stichtagsbezogenen abschließenden Einwendungsfrist und somit eine zügigere Umsetzung von Verkehrsinfrastrukturbaumaßnahmen.
5. Zügiges Vorantreiben der Straßen- und Brückenbaumaßnahmen, auch durch Bau im Mehrschichtbetrieb. Nichteingehaltene Fristen müssen so geahndet werden, wie es in der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) beschrieben ist.
6. Eine effektive Koordinierung der Straßen- und Tiefbaumaßnahmen in Lichtenberg.

Die Bundesautobahn (BAB) 100 bis zur Frankfurter Allee verlängern

Die AfD Lichtenberg setzt sich für den zügigen Ausbau der BAB 100 ein. Der 17. Bauabschnitt, also die Fortführung der BAB 100 von der Anschlussstelle „Am Treptower Park“ bis zur Anschlussstelle „Frankfurter Allee“ verhindert den Dauerstau an der Eisenbrücke und am Ostkreuz.

Die Variante des Bundesverkehrswegeplans mit der Überquerung der Spree und der Unterquerung des Ostkreuzes ist dabei nicht nur die kostengünstigste, sondern auch sinnvollste Variante.

Bau der Tangentialen Verbindung Ost (TVO)

Die TVO wird dringend benötigt, denn sie verbindet unseren Bezirk Lichtenberg mit Biesdorf und Köpenick. Der Bau der TVO würde im Alltag zu einer spürbaren Erleichterung

des Verkehrs führen, denn die Treskowallee würde mit über 40.000 Fahrzeugen täglich entlastet und die als Umfahrung genutzten Nebenstraßen bleiben vom Durchgangsverkehr verschont. Ein parallel zur TVO verlaufender Radschnellweg soll in die Planungen einbezogen werden.

Ortsumfahrung Ahrensfelde

Die AfD Lichtenberg setzt sich dafür ein, den Rückstau auf der Ahrensfelder Chaussee zu beenden, indem eine Ortsumfahrung in Ahrensfelde gebaut wird. Für die Bürger Hohenschönhausens und Marzahns ist der Stau auf der Fahrt zur Autobahn ein unnötiges Erschwernis. Besonders die Bewohner von Falkenberg und des dort neu entstandenen Wohngebiets leiden unter dem Verkehr zur Autobahn und dem Rückstau auf der Ahrensfelder Chaussee.

Abhilfe kann eine Ortsumfahrung von Ahrensfelde schaffen, wenn diese als Verlängerung der Wuhletalstraße zur B158 ausgeführt wird. Die vom Senat favorisierte „Troglösung“ bringt dagegen keine Verringerung der Belastung für Falkenberg.

Keine Kiezblocks in Lichtenberg

Seit Jahren wird von den linken Parteien versucht, das Automobil als Fortbewegungsmittel für die Bürger Lichtenbergs unattraktiv zu machen. Der vorangetriebene Ausbau von sogenannten Kiezblocks, also die Sperrung des Durchgangsverkehrs durch Modalfilter („Poller“) zählt zu diesen Versuchen. Berlinweit sind über 70 Kiezblocks geplant oder eingerichtet. Die AfD Lichtenberg ist ganz klar gegen die Einrichtung von Kiezblocks. Bereits bestehende Kiezblocks sollen unter Abwägung der Interessen aller Bewohner der betroffenen Wohngebiete wieder rückgebaut werden. Die notwendige Verkehrsberuhigung muss in ihrer Gesamtheit betrachtet werden und darf nicht zur Aussperrung führen.

Für die AfD Lichtenberg sind andere, mildere Maßnahmen, wie Bodenschwellen oder die Einrichtung von Einbahnstraßen, besser geeignet, den Verkehr in den Wohngebieten zu beruhigen.

3. Wirtschaft, Arbeit und Soziales

Wirtschaftspolitik für die Bürger Lichtenbergs

Die soziale Marktwirtschaft als Garant von Wohlstand und sozialem Frieden ist feste Grundlage der Wirtschaftsprogrammatik der AfD. Die ideologiegetriebene und wirtschaftsfeindliche Politik in Berlin und in vielen seiner Bezirke lehnen wir strikt ab.

Durch marktwirtschaftlichen Wettbewerb ergeben sich die besten ökonomischen Ergebnisse. Deshalb gilt für die AfD Lichtenberg: Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle. Denn Wettbewerb schafft die Freiheit, sich zu entfalten und selbst zu bestimmen.

Der Wirtschaftsstandort Lichtenberg

Lichtenbergs Wirtschaft ist geprägt von Vielseitigkeit. Vom Industriebetrieb bis hin zur Kneipe, vom Handwerksbetrieb zum Einzelhändler, vom Hotel bis zum IT-Entwickler findet sich alles in unserem Bezirk. Verantwortungsvolle Unternehmer und fleißige Mitarbeiter schaffen und gestalten die Voraussetzungen für Wohlstand, gesellschaftliche Verantwortung und Demokratie.

Die AfD Lichtenberg setzt sich dafür ein, den Wirtschaftsstandort Lichtenberg dauerhaft zu sichern. Der von der Fraktion der AfD in die Bezirksverordnetenversammlung eingebrachte Wirtschafts- und Gewerbeflächensicherungsplan ist dafür eine Grundlage. Die Ansiedlung von Unternehmen, die durch Ausbildung den Wirtschaftsstandort Deutschland nachhaltig stärken, ist besonders zu fördern. Nicht nur der Bezirk Lichtenberg benötigt dringend Handwerker.

Zur Unterstützung der Wirtschaft braucht der Bezirk jedoch Geld. Daher fordert die AfD Lichtenberg die Abführung eines höheren Anteils der Gewerbesteuer an die Bezirke – Geld, das der Wirtschaft zugutekommen soll und damit wieder dem Bezirk.

Gewerbeflächen im Bezirk

Eine ausreichende Versorgung mit Gewerbeflächen ist Voraussetzung einer erfolgreichen, nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsförderung. Die im Stadtentwicklungsplan von Berlin ausgewiesenen Gewerbeflächen reichen nicht aus. Zudem verringern sich die potenziellen Gewerbeflächen von Jahr zu Jahr. Daher ist den Wünschen einer nicht-gewerbsmäßigen Nutzung entgegenzutreten.

Flächenkonflikte zwischen Gewerbe- und Wohngebieten sind mit flexiblen, möglichst unbürokratischen Lösungen zu entschärfen. Ansiedlungen von Gewerbetreibenden in Wohnortnähe werden gefördert. Nur so ergibt sich die „Berliner Mischung“ aus Wohnen, Gewerbe und Unterhaltung mit ihrer charakteristischen Struktur der kurzen Wege.

Berufsausbildung

In der Berufsausbildung muss die leider oft praktizierte Bevorzugung der akademischen

vor der dualen Berufsausbildung beendet werden. Wir unterstützen die verstärkte Werbung an unseren Schulen und bei den Ausbildungsmessen.

4. Haushalt und Finanzen

Ein ausgeglichener Haushalt und eine stabile Finanzlage für die Bürger Lichtenbergs

Der Haushalt ist die Königsdisziplin aller Parlamente. Grundsätzlich fordert die AfD Lichtenberg solides Wirtschaften und die Aufstellung ausgeglichener Haushalte. Doppelhaushalte sind immer entsprechend den Legislaturperioden aufzustellen beziehungsweise haben diese nicht zu überschreiten. Jede Ausgabenposition ist in Bezug auf Notwendigkeit und insbesondere Effizienz des angestrebten Zwecks zu prüfen. Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge sind zu verstärken und zielorientiert einzusetzen. Steuergeld ist sparsam einzusetzen, insbesondere dürfen keine Steuergelder für politischen Extremismus – egal welcher Richtung – ausgegeben werden. Organisationen und Vereinen, die mit gewalttätigen Extremisten, zum Beispiel der sogenannten „Antifa“ zusammenarbeiten, müssen die staatlichen Förderungen gestrichen werden.

Mehr Eigenverantwortlichkeit und Transparenz im Bezirkshaushalt

Die AfD Lichtenberg setzt sich dafür ein, dass die Stadtbezirke ihre Bezirkshaushalte eigenverantwortlich führen können und mehr Rechte erhalten, damit sie Interesse an der Ansiedlung von Unternehmen und der Schaffung von Arbeitsplätzen in ihrem Bezirk haben.

Die intransparenten Haushaltszahlen müssen endlich aussagefähiger werden. Die jährlichen Ausgaben für geflüchtete und asylsuchende Menschen sind undurchsichtig. Ebenso wenig können wir die Kostenentwicklung eines mehrjährigen Bauprojektes mit allen Abweichungen in Erfahrung bringen, weil der Haushaltsplan diese Zahlen nicht separiert ausweist.

Eine Überwachung des Ausgabeverhaltens der Bezirke ist so gut wie ausgeschlossen, die AfD Lichtenberg will das ändern.

5. Familie, Kinder, Jugend und Senioren

Die Familienpolitik im Mittelpunkt - Für die Bürger Lichtenbergs

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. In ihr werden Werte, Verantwortungsbewusstsein, Leistungsbereitschaft und soziale Kompetenz vermittelt.

Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Verunsicherung ist sie für viele Menschen der wichtigste Ort von Geborgenheit, Stabilität und Verlässlichkeit.

Familien in Lichtenberg stehen im Alltag unter zunehmendem Druck. Steigende Lebenshaltungskosten, Wohnungsmangel, lange Wege zu Behörden, fehlende Betreuungsplätze und soziale Spannungen in einzelnen Kiezen erschweren das Zusammenleben. Gleichzeitig wächst die gesellschaftliche Bedeutung stabiler familiärer Strukturen.

Eine verantwortungsvolle Bezirkspolitik muss Familien stärken, statt sie zusätzlich zu belasten. Lichtenberg soll ein Bezirk sein, in dem Familien sich willkommen fühlen, Kinder sicher aufwachsen und Eltern ihre Erziehungsaufgabe ohne unnötige Hürden wahrnehmen können.

Eine familienfreundliche Verwaltung - Elterngeld und Termine beim Standesamt

Gerade junge Familien sind auf verlässliche und zügige Verwaltungsabläufe angewiesen. Verzögerungen bei finanziellen Leistungen oder Behördengängen treffen Familien in einer sensiblen Lebensphase besonders hart.

In Berlin und auch in Lichtenberg kommt es regelmäßig zu erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Elterngeldanträgen. Ebenso ist es häufig schwierig, zeitnah Termine beim Standesamt zu erhalten. Personalmangel und Überlastung führen zu langen Wartezeiten und Frustration bei den Bürgern.

Die AfD Lichtenberg fordert eine ausreichende personelle Ausstattung der zuständigen Ämter, um Anträge zeitnah bearbeiten und Termine ohne monatelange Wartezeiten vergeben zu können. Verwaltung muss den Bürgern dienen und nicht umgekehrt. Zusätzlich sind weitere Maßnahmen der Digitalisierung endlich bei sich bedingenden Verwaltungsvorgängen und Anträgen umzusetzen.

Integrierte Kinder- und Jugendarbeit

Das Ziel unserer Kinder- und Jugendpolitik ist es, Kinder und Jugendliche im Gemeinwesen aufgehen zu lassen, ohne sie als Individuen untergehen zu lassen. Die AfD Lichtenberg vertritt das Konzept einer integrierten Kinder- und Jugendarbeit, um einem Generationenkonflikt entgegenzuwirken. Die AfD Lichtenberg setzt auf Mehrgenerationenhäuser.

Kindeswohlgefährdungen

Im Jugendamt Lichtenberg herrscht chronischer Personalmangel. Überlastete Jugendämter zeigen eine Neigung, Kindeswohlgefährdungen zu übersehen oder ohne hinreichend gründliche Prüfung eine Fremdunterbringung zu empfehlen. Die AfD Lichtenberg setzt sich für eine deutliche Fallzahlbegrenzung pro Mitarbeiter im Jugendamt in Lichtenberg ein.

Die Spielplätze im Bezirk

Spielplätze sind wichtige Orte für Bewegung, soziale Kontakte und kindliche Entwicklung. Ihr Zustand ist ein sichtbarer Gradmesser für die Familienfreundlichkeit eines Bezirks.

Bei den Spielplätzen im Bezirk herrscht ein Sanierungsstau. Spielplätze sind gesperrt oder verunreinigt, Spielgeräte häufig beschädigt und nicht nutzbar. Eine verantwortungsbewusste Politik muss dafür Sorge tragen, dass die benötigten Mittel dafür bereitgestellt werden.

Ein Senioren-Entwicklungsplan für Lichtenberg

Unsere Senioren haben ihr Leben lang hart gearbeitet, sei es im Beruf oder im häuslichen Bereich. Auch im Rentenalter unterstützen sie weiterhin ihre Kinder, kümmern sich um die Enkelkinder oder engagieren sich im Ehrenamt. Senioren verdienen unseren besonderen Respekt.

Aufgrund von Altersarmut, Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder sozialer Isolation besteht jedoch bei vielen älteren Menschen die Gefahr der Vereinsamung. Daher unterstützt die AfD Lichtenberg Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Integration von Senioren, insbesondere vor dem Hintergrund ihrer geleisteten Lebensarbeitszeit und der Generationengerechtigkeit.

Die AfD Lichtenberg fordert, endlich einen Senioren-Entwicklungsplan zu erstellen, der an den Bedürfnissen der Senioren ausgerichtet ist. In Lichtenberg leben immer mehr alte Menschen. Dadurch ändern sich die Anforderungen an die Infrastruktur. Das Bedürfnis nach Sicherheit steigt, die Anforderungen an Gehwege und ärztliche Versorgung erhöhen sich, Begegnungsstätten für soziale Kontakte werden gesucht, der Bedarf an betreutem Wohnen und altersgerechten Wohnungen steigt, ebenso wie der Bedarf an Tagespflege und stationären Pflegeeinrichtungen. Dem Personalmangel in den Pflegeeinrichtungen ist durch verbesserte Tarifabschlüsse entgegenzuwirken, soweit sie vom Bezirk Lichtenberg beeinflusst werden können.

Bislang fehlt eine systematische und planvolle Vorbereitung auf den demografischen Wandel.

Gesundheit, Bewegung und Prävention im öffentlichen Raum

Mit zunehmendem Alter steigt der Bedarf an Bewegung und Prävention. Gleichzeitig fehlen wohnortnahe, niedrighschwellige Angebote. Bewegung erhält Selbstständigkeit und beugt Pflegebedürftigkeit vor.

Gesundheitspfade, Bewegungsparcours und seniorengerechte Trainingsmöglichkeiten in Parks und Grünanlagen sollen gezielt ausgebaut werden. Ziel ist es, Bewegung im Alltag zu fördern und die körperliche Fitness zu erhalten.

Begegnung, Gemeinschaft und Generationendialog

Viele ältere Menschen leiden unter Einsamkeit. Begegnungsorte sind nicht immer vorhanden oder schwer erreichbar. Soziale Kontakte sind ein Grundbedürfnis. Der Austausch zwischen Jung und Alt stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum sind gezielt auszubauen. Dazu gehören feste Spieltische, Schach- und Kartentische, Picknickbänke sowie Sitzgruppen an Spazierwegen und Spielplätzen. Spielplätze sollen so gestaltet werden, dass sich auch Senioren dort gerne aufhalten und ins Gespräch kommen können.

Pflege, Versorgung und Fachkräfte

Der Bedarf an Pflegeleistungen steigt, gleichzeitig herrscht Personalmangel in Pflegeeinrichtungen. Angehörige sind häufig überlastet. Gute Pflege braucht Zeit, Personal und Anerkennung.

Pflegestrukturen sind auszubauen und zu stabilisieren. Bessere Arbeitsbedingungen und Unterstützung bei der Personalgewinnung sind notwendig, um die Versorgung dauerhaft sicherzustellen.

Digitale und analoge Teilhabe

Die Verwaltung wird zunehmend digital. Viele ältere Menschen fühlen sich dadurch ausgeschlossen. Digitalisierung darf nicht zur Ausgrenzung führen. Analoge Zugangswege zu Behörden müssen erhalten bleiben. Gleichzeitig sollen freiwillige Unterstützungsangebote helfen, digitale Angebote nutzen zu können.

6. Bildung

Gute Bildung für die Bürger Lichtenbergs

Für die AfD Lichtenberg ist Bildung keine Ware. Der Bildungsauftrag muss kurzfristige wirtschaftliche Nützlichkeitsabwägungen übersteigen. Ziel muss die Herausbildung einer Persönlichkeit sein, die über die Schul- und Berufsqualifikation hinaus in der Lage ist, ethische und politische Abwägungen eigenverantwortlich treffen zu können. Eine Schule ist kein sozialpolitischer Reparaturbetrieb, Schule soll dem Lernen und der Bildung dienen.

Ein erfolgreicher Bildungsweg setzt ein angenehmes Schulklima des gegenseitigen Respekts voraus. Ziel der AfD Lichtenberg ist es deshalb, die Schulen im Bezirk wieder in die Lage zu versetzen, ihren Bildungsauftrag verlässlich und auf hohem Niveau zu erfüllen. Dafür braucht es eine solide Infrastruktur, ausreichend Personal und klare ordnungspolitische Rahmenbedingungen.

Schulinfrastruktur und Schulplatzmangel

Aufgrund des starken Bevölkerungszuzugs steigen die Schülerzahlen im Bezirk kontinuierlich. Bereits heute ist der Schulplatzmangel in Lichtenberg deutlich spürbar. Bau- und Sanierungsmaßnahmen verzögern sich, Kosten steigen, Planungen kommen nur schleppend voran.

Überfüllte Klassen, lange Schulwege und Provisorien in Containern sind kein akzeptabler Dauerzustand. Schulbau ist Daseinsvorsorge. Wenn Wohnungsbau vorangetrieben wird, ohne die notwendige Bildungsinfrastruktur mitzudenken, entstehen langfristige soziale Probleme.

Der Bezirk muss den Schulneubau deutlich beschleunigen und ausweiten. In stark wachsenden Wohngebieten sollten keine weiteren Bauprojekte genehmigt werden, solange die Versorgung mit Schulplätzen nicht gesichert ist. Überlange Bauzeiten sind durch straffere Planung, klare Zuständigkeiten und eine bessere personelle Ausstattung der zuständigen Ämter zu vermeiden.

Qualität der Schulbauten und Ausstattung

Neue Schulgebäude müssen dauerhaft, schülergerecht und funktional geplant werden. Neben Klassenräumen sind Fachräume, Arbeitsräume für Lehrkräfte sowie Räume für die

Hortbetreuung verbindlich vorzusehen. Schulhöfe sollen moderner gestaltet werden, mit mehr Grünflächen, Schulgärten und weniger Versiegelung.

Lehrkräftemangel und Attraktivität des Bezirks

Lichtenberg muss als Arbeitsort für Lehrkräfte attraktiver werden. Dazu gehören gezielte Prämienmodelle, Unterstützung beim Berufseinstieg, Vergabe des Jobtickets von Amtswegen sowie die Bevorzugung bei der Wohnungsvergabe durch Kooperationen mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Ziel ist es, Lehrkräften kurze Wege, bezahlbaren Wohnraum und verlässliche Rahmenbedingungen zu bieten. Der Bezirk soll alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu binden.

Schulklima, Disziplin und Gewaltprävention

Jegliche Form von Gewalt an Schulen ist konsequent zu unterbinden. Der Bezirk muss gemeinsam mit dem Land alle rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten ausschöpfen, um Ordnung und Sicherheit an den Schulen durchzusetzen. An bekannten Brennpunktschulen ist der Einsatz von geeignetem Sicherheits- und Wachpersonal zu prüfen und – wo erforderlich – umzusetzen. Die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel sind konsequent beim Land abzurufen. Prävention, klare Regeln und konsequentes Handeln gehören zusammen.

Digitalisierung der Schulen

Viele ältere Lichtenberger Schulen verfügen nicht über die nötigen technischen Voraussetzungen für eine umfassende Digitalisierung. Eine marode Elektrotechnik und fehlende Zugänge zu Hochgeschwindigkeitsnetzen verhindern oftmals den Betrieb digitaler Geräte. Folgekosten in unbekannter Höhe, die den Schulen zugemutet werden, lassen Direktoren bei der Anschaffung neuer Digitalgeräte zögern.

Die AfD Lichtenberg fordert, die Schulen mit angemessener Technik auszurüsten. Die Lichtenberger Schulen sind umgehend an das Hochgeschwindigkeitsinternet anzuschließen und die Klassenräume mit angemessener Hardware zu bestücken.

Förderung durch Differenzierung

Die AfD Lichtenberg setzt sich für ein differenziertes Schulsystem ein, das jedem Kind das

Maß an Bildung ermöglicht, das es zur bestmöglichen Entfaltung seiner Fähigkeiten braucht. Wir wenden uns gegen eine künstliche Verknappung der Plätze in grundständigen Gymnasien. Für den Besuch des Gymnasiums ab der 5. Klasse muss echte Wahlfreiheit bestehen. Der Unterricht sollte in leistungshomogenen Gruppen erfolgen. Inklusion muss mit Augenmaß erfolgen und setzt eine angemessene Personalausstattung voraus, um Lehrer nicht zu überfordern.

Auch Privatschulen leisten angesichts der aktuell angespannten Schulsituation einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung des Bildungsauftrages des Staates. Die AfD Lichtenberg setzt sich aus diesem Grund für eine gezielte Initiative zur Förderung von Privatschulen im Bezirk ein. Dabei steht nicht die soziale Herkunft, sondern der Leistungsgedanke im Vordergrund. Entsprechende Förderprogramme des Landes werden unterstützt.

Sauberkeit und Hygiene an den Schulen Lichtenbergs

Die Reinigung der Lichtenberger Schulen erfolgt derzeit überwiegend durch externe Dienstleistungsfirmen. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass der Reinigungsstandard vielerorts nicht ausreicht. Besonders die Schultoiletten sind häufig in einem Zustand, der weder hygienisch noch würdevoll ist. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die Reduzierung von Reinigungsintervallen unmittelbar zu einer Verschlechterung der Situation geführt hat. Die zeitweise eingeführte Zwischenreinigung hat hingegen zu spürbaren Verbesserungen geführt.

Sauberkeit an Schulen ist keine Nebensache, sondern eine Grundvoraussetzung für Gesundheit, Wohlbefinden und Respekt. Kinder haben Anspruch auf saubere Toiletten und gepflegte Schulgebäude. Unzumutbare hygienische Zustände sind nicht hinnehmbar und untergraben die Autorität der Schule, ebenso wie das Sicherheitsgefühl der Schüler.

Externe Reinigungsfirmen sollen weiterhin eingesetzt werden, ihre Leistungen müssen jedoch deutlich strenger kontrolliert und verbindlich eingefordert werden. Ziel ist eine mehrfach tägliche Reinigung, insbesondere der Sanitärbereiche. Die Zwischenreinigung ist als fester Bestandteil des Reinigungskonzepts sicherzustellen. Darüber hinaus sollen die Schüler zu mehr Eigenverantwortlichkeit hinsichtlich der Sauberkeit und der Hygiene erzogen werden. Schule und Elternhaus tragen dafür die gemeinsame Verantwortung.

Der Bezirk muss alle rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Standards dauerhaft zu gewährleisten. Wo finanzielle Engpässe bestehen, sind kreative und rechtssichere Lösungen zu nutzen, um die Sauberkeit an den Schulen

sicherzustellen. Saubere Schulen sind eine Frage der Würde und der Verantwortung gegenüber unseren Kindern.

Sofern die Möglichkeit besteht, sollten Hausmeister wieder in ihren Schulen wohnen. Die höhere Verbundenheit mit der Schule sorgt für mehr Motivation und eine höhere Qualität der Arbeit.

7. Gesundheit und Sport

Unser Anliegen – Gesunde Bürger Lichtenbergs

Die AfD Lichtenberg steht für ein sozialorientiertes Gesundheitswesen, das Solidarität mit Eigenverantwortung verbindet und eine flächendeckende medizinische Versorgung auf hohem Niveau für alle Bevölkerungsschichten sicherstellt.

Sport für alle Bürger Lichtenbergs

Im Sport werden wichtige Werte und Normen vermittelt sowie ein entsprechendes Verhalten gefördert und gefordert. Sport muss wieder integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens werden. Dazu gehört auch das klare Bekenntnis zum Leistungsgedanken und zur Leistungsförderung im Sport.

Schwimmbäder an der Landsberger Allee

Für die Lichtenberger gibt es kein Freibad. Daher will die AfD Lichtenberg zwei Freibäder in unserem Bezirk errichten lassen. Die Machbarkeitsstudie des Bezirksamtes nennt die Standorte Landsberger Allee (am BVB-Stadion) und in Friedrichsfelde (südlich des Tierparks) als geeignete Standorte. Es wird Zeit, dass nicht nur benannt, sondern gebaut wird.

Sportplätze in Karlshorst

Die AfD Lichtenberg fordert die Errichtung von Sportplätzen in Karlshorst auf Grundstücken, welche sich im Landeseigentum befinden. Das gilt sowohl für Karlshorst-Ost (an der Waldowallee) sowie für Karlshorst-West (am Blockdammweg).

Sportanlagen im Freien

Die AfD Lichtenberg will in Parks sowie in öffentlichen Grünanlagen Sportanlagen (sogenannte „Calisthenics Parks“), an denen Turnübungen ausgeführt werden können,

errichten. „Calisthenics Parks“ bieten Jugendlichen und Erwachsenen, aber auch Familien mit Kindern beliebte Anlaufpunkte zur körperlichen Ertüchtigung.

Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen

Die AfD Lichtenberg unterstützt die Forderung nach Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen sowie die Folgen der sogenannten „Lockdowns“.

8. Umwelt- und Naturschutz

Erhalt und Stärkung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete - Naherholung für die Bürger Lichtenbergs

Die Naturschutzgebiete unseres Bezirks, wie beispielsweise Biesenhorster Sand, der Malchower See, die Falkenberger Rieselfelder und die Landschaftsschutzgebiete Herzberge, die Wartenberger und Falkenberger Feldflur sowie die Falkenberger Krugwiesen sind unverzichtbare Rückzugsräume für gefährdete Tier- und Pflanzenarten. Sie sind gleichzeitig die wichtigsten Naherholungsorte für die Bürger Lichtenbergs. Sie müssen in vollem Umfang erhalten und entsprechend ihrer Schutzzwecke ohne Einschränkung durch konkurrierende Nutzungen weiterentwickelt werden.

Wind-Industrieanlagen

Die Errichtung von Wind-Industrieanlagen in Lichtenberger Schutzgebieten wird aus naturschutzfachlichen, landschaftsästhetischen und erholungsrelevanten Gründen grundsätzlich abgelehnt. Die AfD Lichtenberg wird sich auf allen Ebenen aktiv gegen eine solche Nutzung einsetzen.

Die Zweckmäßigkeit von Wind-Industrieanlagen ist grundsätzlich infrage zu stellen. Weder ist die Frage der Finanzierung nach dem Herausfallen aus der staatlichen Förderung abschließend geklärt, noch kann eine umweltfreundliche Entsorgung der Materialien nach Beendigung des Betriebes sichergestellt werden.

Versiegelung

Jede zusätzliche Versiegelung von bisher unbebauten Höfen, Wiesen oder Brachflächen verschärft Hitzeinseln und Überflutungsrisiken. Die AfD Lichtenberg setzt sich für einen generellen Verzicht auf Nachverdichtung zu Lasten von Grünflächen ein und wird Bebauungspläne, die grüne Innenhöfe oder Kleingärten betreffen, konsequent ablehnen, beziehungsweise nur unter der Bedingung genehmigen, dass mindestens der gleiche Grünflächenanteil anderswo neu geschaffen wird.

Personelle und finanzielle Ausstattung der Fachämter

Eine wirksame Pflege und Weiterentwicklung der Schutz- und Erholungsflächen ist nur möglich, wenn die zuständigen Ämter (insbesondere das Straßen- und Grünflächenamt sowie das Umwelt- und Naturschutzamt) dauerhaft auskömmlich ausgestattet werden. Die AfD Lichtenberg setzt sich deshalb gegenüber dem Senat dafür ein, die finanziellen und personellen Kapazitäten in den genannten Ämtern spürbar zu erhöhen.

Aktive Weiterentwicklung der Schutzgebiete für Natur und Mensch

Wo immer möglich, sollen die Schutzgebiete behutsam für die Naherholung aufgewertet werden: barrierearme Wege, naturverträgliche Aussichtspunkte, verstärkte Umweltbildung und mehr Möglichkeiten für geführte Exkursionen – immer unter strikter Einhaltung der naturschutzrechtlichen Vorgaben. Kurz gesagt: In einem wachsenden Bezirk sind intakte, gepflegte und geschützte Grün- und Naturflächen kein Luxus, sondern existenzielle Infrastruktur für die Lebensqualität, die Klimaresilienz sowie die Artenvielfalt. Die AfD Lichtenberg wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass diese Flächen nicht weiter geschwächt, sondern endlich gestärkt werden, und dass industrielle Großvorhaben, wie Windindustrieanlagen, dort keinen Platz haben.

9. Öffentliche Ordnung und Verwaltung

Sicherheit für die Bürger Lichtenbergs

Öffentliche Sicherheit ist ein elementares Bedürfnis aller. Leider spiegelt sich das nicht in der personellen Ausstattung unserer Sicherheits- und Ordnungsbehörden wider. Die mangelnde Präsenz der Ordnungshüter führt zu einem Anstieg der Gewalt und Vergehen, da nur selten Ahndung droht. Das muss sich ändern. Die heutigen technischen Möglichkeiten sind dabei intensiv auszubauen. Die AfD Lichtenberg fordert die Videoüberwachung an sogenannten „Hotspots“ als einen ersten Schritt zur Erhöhung des Sicherheitsempfindens der Menschen.

Katastrophenschutz

Angesichts einer zunehmenden linksextremistischen Terrorgefahr fordert die AfD Lichtenberg eine bezirkliche Notfallplanung für den großflächigen Ausfall von Strom- und Heizenergie. Dabei sind insbesondere vorzuhaltende Notfallobjekte mitsamt technischen Anlagen für die Strom- und Wasserversorgung Voraussetzung. Für eine berlin- und/oder bezirksweite Sicherstellung ausreichender Katastrophenschutz-Maßnahmen sind die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Öffentliche Verwahrlosung beenden

Die AfD Lichtenberg will den öffentlichen Raum nicht den Aussteigern aus der Gesellschaft überlassen. Obdachlosen müssen kommunale Wohnungen angeboten werden. Wer sich nicht helfen lassen will, soll nicht im öffentlichen Raum kampieren dürfen.

Für viele Bürger liegen der Bahnhof Lichtenberg und der U-Bahnhof Frankfurter Allee auf dem Arbeits- und Schulweg. Viele fühlen sich durch Obdachlose und Bettler bedroht und meiden die Wege. Das Sicherheitsempfinden aller Lichtenberger ist uns besonders wichtig. Ausländische Obdachlose sind zur Ausreise anzuhalten, wenn sie in Deutschland keine Arbeits- und Wohnperspektive haben.

Die Rummelsburger Bucht ist kein rechtsfreier Raum, sondern ausschließlich nach den gesetzlichen Nutzungsrechten zu nutzen.

Recht und Gesetz im Dong-Xuan-Center

Die AfD Lichtenberg fordert, das Dong-Xuan-Center nachhaltig in den Blick zu nehmen und systematisch zu kontrollieren, um Kriminalität zu verhindern. Die Regelungen des Gewerberechts sind einzuhalten, um keine Wettbewerbsverzerrung zu ermöglichen. Nach Berichten des Bundeskriminalamtes werden illegal eingeschleuste Vietnamesen über Berlin nach Westeuropa vermittelt.

Illegales Sprayen

Illegales Sprayen und insbesondere das „Tagging“ sind kein Ausdruck von Kreativität, sondern schlicht Sachbeschädigung. Diese „Tags“, also Signaturkürzel, sind mittlerweile an fast jeder Wand, an Haustüren und Fenstern, an Denkmälern usw. zu finden. Sie haben mit Kunst nichts zu tun. Die AfD Lichtenberg fordert ein entschiedenes Vorgehen gegen illegales Sprayen. Das legale Sprayen an dafür vorgesehenen Stellen ist als Kunstform unproblematisch und kann zur Verschönerung von Wänden beitragen. Im Bezirk können weitere Flächen ausgewiesen werden.

Keine weiteren Flüchtlingsunterkünfte

Die AfD Lichtenberg ist gegen weitere Flüchtlingsunterkünfte im Bezirk. Es ist zu prüfen, ob bereits entstandene Flüchtlingsunterkünfte, wie beispielsweise das ehemalige Hotel an der Landsberger Allee, anders genutzt werden können, zum Beispiel als Unterkünfte für wohnungs- und obdachlose Menschen.

Die Verwaltung als Dienstleister der Bürger Lichtenbergs

Die Verwaltung des Bezirks Lichtenberg, also die Bezirksämter mit ihren nachgeordneten Fachämtern sowie die Jobcenter, sind die Dienstleister der Bürger. Die zeitnahe Terminvergabe, eine schnelle Bearbeitung von Anträgen sowie die rasche Beantwortung von Fragen sollten in einem funktionierenden Bezirk selbstverständlich sein. Die AfD Lichtenberg wird sich auch weiterhin für eine effiziente Verwaltung für die Bürger Lichtenbergs einsetzen.

Abbau von Bürokratie

Der unerträgliche Bürokratieaufwand muss auf das für den Betrieb notwendigste Maß reduziert werden. Insbesondere die mit dem Bezirksamt vernetzten Stellen des Bezirks benötigen eine straffere Organisation und einen Abbau von unnötigen, zeitraubenden bürokratischen Hürden. Beispielsweise sollen Bauanträge, welche nach einer Wartezeit von drei Monaten nicht beschieden wurden, als genehmigt gelten.

Personalentwicklung

Die Erfahrungen mit der Berliner Verwaltung sind oftmals negativ. Es kommt zu langen Wartezeiten, der Anrufbeantworter meldet sich oder es gibt gar keine Reaktion. Die Mitarbeiter der Verwaltung sind hochmotiviert, doch die Prioritätensetzung der etablierten Politik lässt das verpuffen. Nach Jahrzehnten des Personalabbaus wurden in den letzten fünf Jahren zahlreiche neue Stellen geschaffen. Diesen Weg gilt es konsequent fortzusetzen, um dem bevorstehenden Personalmangel aufgrund zahlreicher Renteneintritte entgegenzuwirken.

Die AfD Lichtenberg lehnt es ab, die Bereiche des Bezirksbürgermeisters mit einer nicht gesetzeskonformen Anzahl von Beauftragten aufzublähen. Die Verschlankung der Bezirksämter wurde mit der Entscheidung, einen sechsten Stadtrat zu installieren, ad absurdum geführt. Die kommende Wahlperiode wird Prüfstein sein, inwieweit diese Entscheidung notwendig war.

10. Kultur

Kultur für die Bürger Lichtenbergs

Deutschland gehört zu den großen europäischen Kulturnationen. Kultur ist die zentrale Klammer, in der sich auch ein neues Politikverständnis sehen muss. Sie ist dem

politischen Einfluss zu entziehen. Vielmehr soll ein Bewusstsein gestärkt werden, welches kulturelle Verbundenheit wahrnimmt, fördert und schützt.

Historische Sehenswürdigkeiten in Lichtenberg für den Tourismus erschließen

Kaum jemand denkt bei Lichtenberg an Tourismus. Kaum jemand kennt die Amalienorgel in der Kirche „Zur Frohen Botschaft“ in Karlshorst, das Schloss Hohenschönhausen, das Schloss Friedrichsfelde, das Hubertusbad, den Schrottturm oder die Flugzeughallen. Bekannt ist bestenfalls der Friedhof der Sozialisten.

Die AfD steht für die Stärkung des Heimatgefühls. Historische Orte erfüllen dafür eine wichtige Aufgabe. Die AfD Lichtenberg macht sich daher bereits seit 2016 für die touristische Erschließung des Bezirks stark.

Ort der Mahnung vor Roter Diktatur – Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale behutsam weiterentwickeln

Die AfD Lichtenberg fordert eine möglichst denkmalgerechte Erhaltung des gewachsenen Ensembles, wobei weniger zentrale Objekte auch weiterhin privatwirtschaftlich genutzt werden könnten, sofern es den Ensemblecharakter des Gedenkortes nicht stört.

Ein Gedenkort zu einem traurigen Kapitel unserer Geschichte muss ein Gedenkort bleiben und darf nicht auf Kosten des Steuerzahlers durch andere Aspekte überlagert werden. Der ursprüngliche Charakter des Geländes der ehemaligen Stasi-Zentrale als Ort der Mahnung und des Gedenkens soll gewahrt bleiben.

Die AfD Lichtenberg fordert die Realisierung des geplanten Forums „Opposition und Widerstand“ (FOW) auf dem Gelände und regt darüber hinaus die Erweiterung des Areals um ein Museum über die Geschichte der kommunistischen Diktatur an.

Die Zerstörung des historisch gewachsenen Charakters des Geländes der ehemaligen Stasi-Zentrale durch ein riesiges Archiv-Zentrum sieht die AfD Lichtenberg kritisch.

Trabrennbahn Karlshorst

Die AfD Lichtenberg will verhindern, dass die Trabrennbahn Karlshorst verbaut und übermäßig verdichtet wird. Die denkmalgeschützten Gebäude müssen erhalten bleiben und durch neue Gebäude im traditionellen Stil behutsam ergänzt werden. Entlang der Treskowallee sollen ebenfalls Gebäude entstehen. Im südöstlichen Bereich des

Plangebietes ist eine in Karlshorst dringend benötigte Grundschule zu errichten. Der Reitsport soll als Reha-Sport weitergeführt werden.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem Naturschutz, den die vorliegenden Pläne weitgehend ignorieren.

11. Gleichstellung, Inklusion, Integration, Gender Mainstreaming

Keine ideologischen Projekte – Schutz der Bürger Lichtenbergs

Die AfD Lichtenberg lehnt ideologische Projekte, wie beispielsweise Geschlechterquoten im Studium oder in der Arbeitswelt, sowie Quoten grundsätzlich ab. Diese sind leistungsfeindlich und ungerecht.

Alle Menschen können gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Die AfD Lichtenberg setzt auf Inklusion mit Augenmaß.

Integration darf nicht bedeuten, dass die Umwelt und die Umgebung an individuelle Bedürfnisse angepasst werden. Integration bedeutet mehr als Deutsch zu lernen oder einer geregelten Tätigkeit nachzugehen. Integration bedeutet auch Identifikation mit dem, was unsere pluralistische Gesellschaft ausmacht.

Gleichberechtigung

Frauen sind stark und intelligent. Sie setzen sich durch und sind vom Artikel 3 des Grundgesetzes vor Ungleichheiten geschützt. Eine Frauenquote lehnt die AfD Lichtenberg daher ebenso ab, wie eine von staatlicher Seite manipulierte Sprache. Wer die Sprache manipuliert, der möchte das eigenständige Denken von Frauen, Männern und Kindern manipulieren.

Inklusion

Die AfD Lichtenberg unterstützt den individuellen Förderbedarf körperlich oder geistig behinderter Menschen und setzt sich für den Erhalt und die Stärkung von Förderschulen im Bezirk Lichtenberg ein, um die bestmöglichen Ergebnisse für Kinder mit besonderem Förderbedarf zu erzielen. Kernanliegen ist dabei die Verbesserung der Ausstattung sowie der Lernbedingungen.

Integration

Integration ist eine Bringschuld. Falsch verstandene Toleranz begünstigt Parallelgesellschaften. Eine Klientelpolitik einzelner Gruppen ist strikt abzulehnen.

Kein „Gender-Mainstreaming“ in der Lichtenberger Verwaltung

Die Verwendung der so bezeichneten gendergerechten Sprache in der Lichtenberger Verwaltung und in den Ämtern lehnt die AfD Lichtenberg ab. Für uns gelten bindend die Regeln der deutschen Rechtschreibung und der deutschen Sprache. Diese sollen nicht beliebig verändert werden.